

Staatsangehörigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende:
Der wachsende Anteil nichtdeutscher Leistungsberechtigter im
Kontext der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Zeitreihenanalyse 2007 bis 2023

Andreas Hammer

Beratung und Evaluation

Working Paper 1/2025

Datum der Veröffentlichung: 17.1.2025

DOI: 10.5281/zenodo.14677421

Verantwortlicher Autor: Andreas Hammer,

ORCID-ID:  <https://orcid.org/0009-0003-6150-0674>, E-Mail: ahammer@t-online.de,

Publikationen und Downloads unter www.andreas-hammer.eu,

Adresse: Eppinger Straße 62, 76684 Östringen.

Andreas Hammer beschäftigt sich seit 1985 mit Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik.

Zusammenfassung

Die Statistiken zeigen eine bemerkenswerte Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) in Deutschland von 2007 bis 2023. Hier ist ein klarer Trend sichtbar: Während die Zahl der deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten kontinuierlich sank, stieg die Zahl der nichtdeutschen Leistungsberechtigten an. Eine Analyse zeigt die konkrete Entwicklung auf und diskutiert gesellschaftliche und politische Folgen zwischen Integration und Polarisierung.

Schlagworte: SGB II, Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, Deutsche, Ausländer, Migrationshintergrund, Zuwanderung, Integrationspolitik

Summary

The statistics show a remarkable development in Grundsicherung für Arbeitsuchende (basic benefits for jobseekers; Book of Social Code II) in Germany from 2007 to 2023. A clear trend is visible here: while the number of German jobseekers entitled to benefits fell continuously, the number of non-German jobseekers entitled to benefits rose. An analysis shows the specific development and discusses the social and political consequences between integration and polarisation.

Résumé

Les statistiques montrent une évolution remarquable de Grundsicherung für Arbeitsuchende (l'allocation de base pour les demandeurs d'emploi; Code social allemand, livre II) en Allemagne de 2007 à 2023. Une tendance claire y est visible: alors que le nombre de bénéficiaires allemands aptes au travail a continuellement diminué, le nombre de bénéficiaires non allemands a augmenté. Une analyse montre l'évolution concrète et discute des conséquences sociales et politiques entre intégration et polarisation.

Entwicklung der nichtdeutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2 Forschungsstand.....	3
3 Methodik.....	4
4 Ergebnisse.....	4
4.1 Rückgang bei deutschen Leistungsberechtigten.....	6
4.2 Anstieg bei nichtdeutschen Leistungsberechtigten.....	6
4.3 Leistungsberechtigte mit Migrationshintergrund.....	9
5 Diskussion: Politische und gesellschaftliche Folgen.....	10
6 Fazit.....	12
7 Literaturverzeichnis.....	13
8 Anhang: ARMA-Analyse des Anteils der nichtdeutschen ELB an allen ELB.....	14

1 Einleitung

Angesichts nach der SARS-CoV2-Pandemie zunehmenden Abwertung von Leistungsberechtigten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) im allgemeinen und Flüchtlingen im besonderen in Politik und Medien, stellt sich die Frage, ob Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund sich im Zeitverlauf in diesem Rechtskreis verändert haben. Die Statistiken zeigen eine bemerkenswerte Entwicklung: Während die Zahl der deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB¹) kontinuierlich sank, stieg die Zahl der nichtdeutschen Leistungsberechtigten an. Eine Analyse zeigt die konkrete Entwicklung auf und diskutiert gesellschaftliche und politische Folgen.

2 Forschungsstand

Die überwiegende Literatur besteht in der Kommentierung der amtlichen Statistiken (Mikrozensus, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit [BA]). In der Fachliteratur sind die Metho-

1 Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) gelten gem. § 7 SGB II Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben, erwerbsfähig sind, hilfebedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

denberichte der Bundesagentur für Arbeit wichtig für das Verständnis der Statistiken der BA. Der Methodenbericht zum Migrationshintergrund² berücksichtigt Daten zwischen 2013 und 2018 (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2020). Die weitere Differenzierung dieses Merkmals betrifft Arbeitslose.

Ein Bericht aus dem Jahr 2024 betrachtet die Arbeitsmarktsituation von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht (Brücker u. a. 2024). Er berücksichtigt Daten zwischen 2010 und 2022 und vergleicht auch Teilgruppen der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. ELB sind dabei kein Schwerpunkt. Die Entwicklung der männlichen und weiblichen deutschen ELB ist ähnlich, wobei der Rückgang der Frauen größer war. Bei den ausländischen ELB war der Anstieg der Frauen größer, insbesondere seit der Zuwanderung aus der Ukraine. Der Bericht zeigt auch die ELB-Quoten (Anteil von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II an der jeweiligen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahre), aber nicht die Verteilung von deutschen und ausländischen ELB im SGB II. Die ELB-Quote ist im Zeitraum 2010 bis 2022 um 1,5 Prozentpunkte gesunken und beträgt im Dezember 2022 7,1 Prozent. Für ausländische ELB ist die ELB-Quote rund doppelt so hoch wie für deutsche. Die berichteten Daten sind jeweils Dezember-Werte eines Jahres.

3 Methodik

Die vorliegende Studie wertet Daten zwischen 2007 und 2023 zu deutschen und nichtdeutschen ELB aus. Quelle der Daten ist die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Nichtdeutsch als Merkmal hat zur Folge, dass Personen mit einer deutschen und ausländischen Staatsangehörigkeit zu den deutschen ELB gerechnet werden. Für die ELB-Daten werden Jahresdurchschnittswerte genutzt, bei den Daten zum Migrationshintergrund sind es jeweils Juni-Werte. Für die Berechnung von Prognose-Werten wird eine Zeitreihenanalyse mit einem ARMA-Modell eingesetzt.

4 Ergebnisse

Die Statistiken zeigen eine bemerkenswerte Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Deutschland von 2007 bis 2023.

Zunächst ist festzustellen, dass die Zahl der ELB insgesamt seit 2013 im Trend kontinuierlich zurückgegangen ist. Die Ausnahmen stellen die Jahre 2018 und 2023 dar, die einen Anstieg

² In der Verordnung zum Migrationshintergrund sind in § 4 MighEV vier Merkmale des Migrationshintergrundes genannt, zu denen die Erhebungspersonen befragt werden. Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit, Zuwanderung nach Deutschland⁸ nach 1949, Zuwanderung eines Elternteiles nach Deutschland, Aussiedler / Spätaussiedler.

zeigen, der durch Zuwanderung bedingt ist. Der Rückgang beträgt 1.310.175 ELB im Zeitraum.

Der Trend scheint durch Gesetzesänderungen wie dem Bürgergeldgesetz (Hammer 2024b) oder Änderungen in der Sanktionierung der ELB (Hammer 2021) oder von politischen Initiativen wie dem Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten (Hammer 2024) kaum beeinflusst.

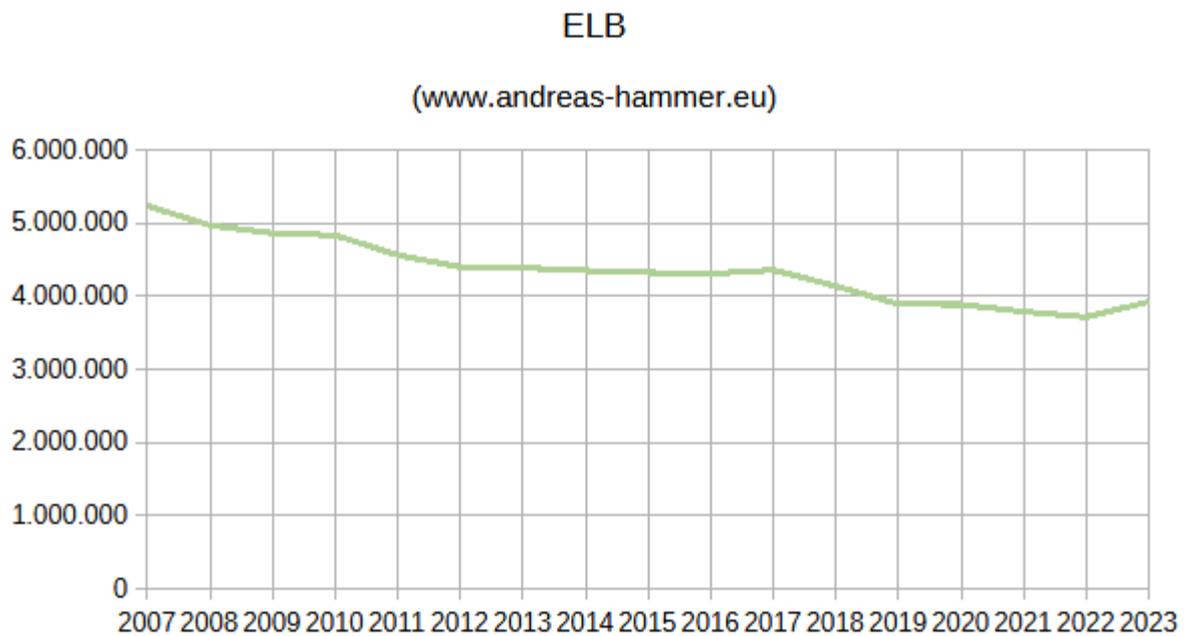


Schaubild 1: ELB 2007 - 2023

Im folgenden wird die Differenzierung zwischen deutschen und nichtdeutschen ELB vorgenommen.

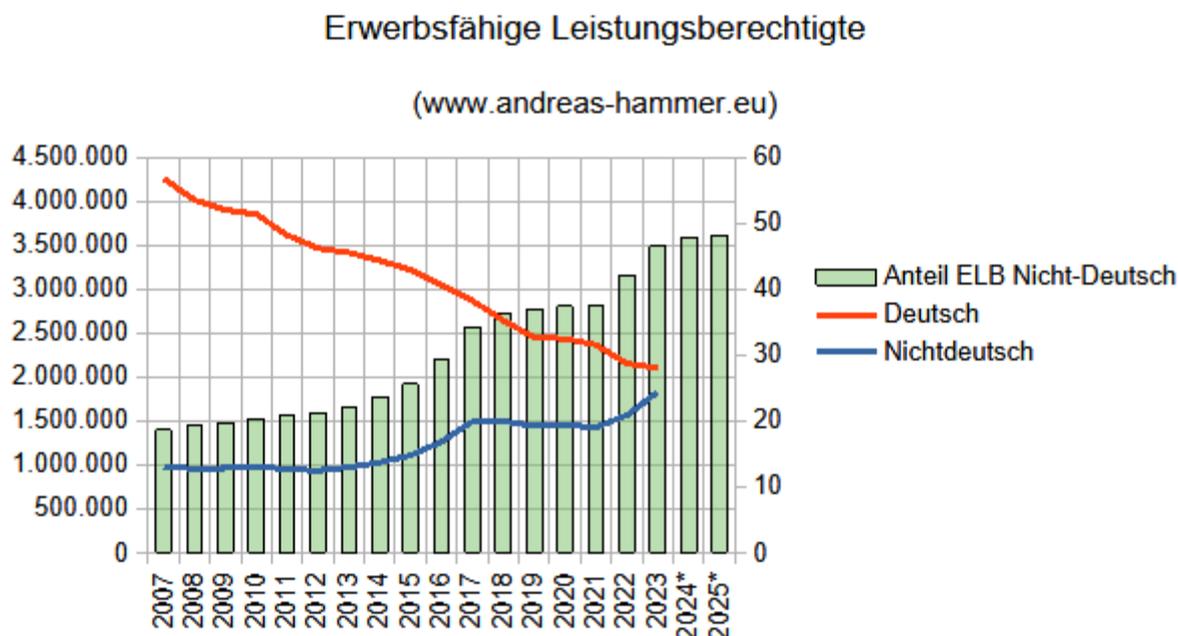


Schaubild 2: deutsche und nichtdeutsche ELB

4.1 Rückgang bei deutschen Leistungsberechtigten

Bei den deutschen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist ein deutlicher Abwärtstrend erkennbar. Die Zahl sank von etwa 4,26 Millionen im Jahr 2007 auf rund 2,1 Millionen im Jahr 2023 - ein Rückgang um mehr als 50 Prozent. Dies spiegelt die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes in diesem Zeitraum wider. Faktoren wie das robuste Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Löhne trugen vermutlich dazu bei, dass in diesem Zeitraum immer weniger Deutsche auf Grundsicherungsleistungen angewiesen waren.

4.2 Anstieg bei nichtdeutschen Leistungsberechtigten

Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der nichtdeutschen Leistungsberechtigten von etwa 979.000 im Jahr 2007 auf rund 1,83 Millionen im Jahr 2023 - fast eine Verdopplung.

Ein naheliegende Erklärung dafür ist die Zuwanderung: Deutschland erlebte in diesem Zeitraum eine verstärkte Zuwanderung, insbesondere während der Flüchtlingskrise 2015/2016 sowie dem Krieg gegen die Ukraine seit 2022.

Dennoch wird die Entwicklung nicht allein durch Flüchtlingskrisen zu erklären sein. Denn die absolute Zahl der nichtdeutschen ELB ist zwar zwischen 2007 und 2013 stabil, aber ihr relativer Anteil an allen ELB ist von 18,68 Prozent auf 22,16 Prozent gestiegen. Vermutlich konnten sie nicht in gleichem Umfang an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren. Seit 2014 stieg der Anteil der nichtdeutschen ELB erkennbar an. Die Zahl der Flüchtlinge im SGB II nahm allerdings erst ab 2016 zu, da eine Arbeitserlaubnis bzw. der Übergang aus dem Asylbe-

werberleistungsgesetz (AsylbLG) in das SGB II entweder eine Anerkennung als AsylbewerberIn oder eine Duldung nach 18 Monaten zur Voraussetzung hatten, was einen Zeitversatz bedeutete und die Flüchtlingskrise sich stärker erst in 2016/2017 bemerkbar machen konnte³.

Ein weiterer Beleg: Auch ohne die Flüchtlinge aus der Ukraine wäre der Trend steigend.

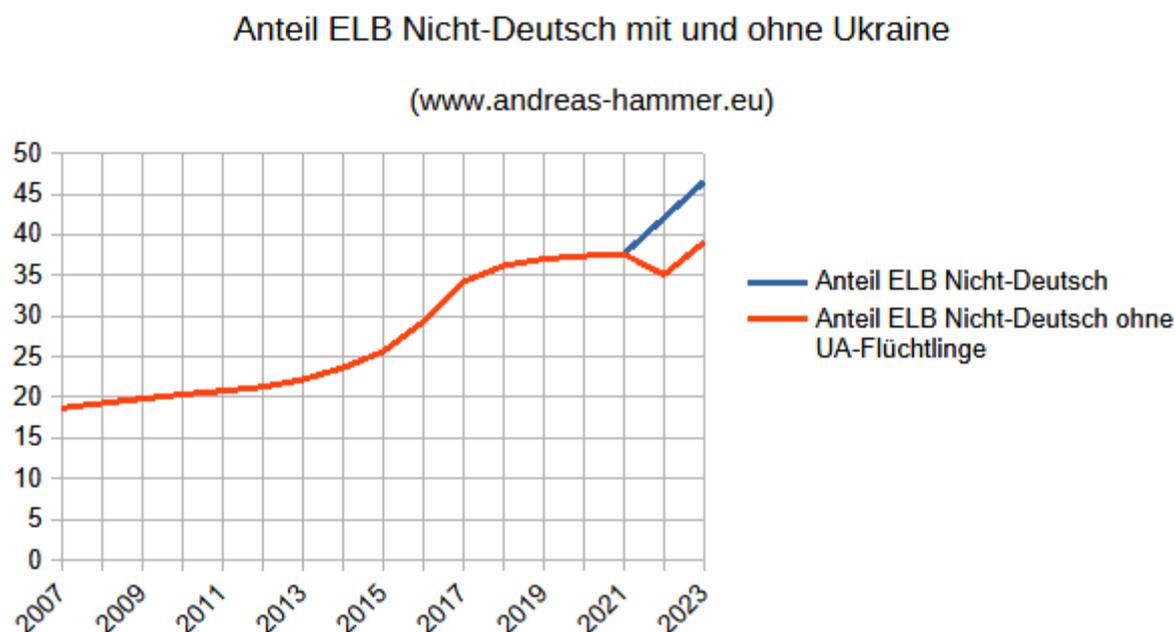


Schaubild 3: Anteil ELB Nichtdeutsch mit und ohne ELB aus der Ukraine

Wahrscheinlicher ist für die Entwicklung nicht das Merkmal Flüchtling ausschlagend, sondern das der nichtdeutschen Staatsangehörigkeit. Dabei muss es sich nicht um Zuwanderung handeln, sondern die nichtdeutschen ELB können auch hier geboren sein. Hier kann die Familienzusammensetzung eine Rolle spielen: Ausländische Haushalte sind häufiger jüngere Haushalte, d. h. sie haben häufiger jüngere Kinder, weshalb die Kinderbetreuung als Problem verstärkt vorkommen kann (Brücker u. a.: 47).

Ein weiterer Faktor könnte die Erweiterung der Europäischen Union darstellen. Am 1. Mai 2004 traten die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die Republik Zypern der Europäischen Union bei. Rumänien und Bulgarien wurden zum 1. Januar 2007 in die Europäische Union aufgenommen. Kroatien wurde am 1. Juli 2013 EU-Mitgliedstaat. Damit könnte die Wahrscheinlichkeit gestiegen sein, dass Personen mit Staatsangehörigkeiten der EU-Erweiterungen dem Grunde nach Leistungen des

³ Ähnlicher Befund: „Dagegen lag der Bestand an Arbeitslosen mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf seit Anfang 2013 vergleichsweise konstant bei ca. 1 Millionen“ bis einschließlich 2018 (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundlagen: Methodenbericht – Migrationshintergrund - Einführung eines Hochrechnungsverfahrens zum Ausgleich von Antwortausfällen, Nürnberg, Mai 2020, S. 33). Vgl. ELB-Entwicklung insgesamt 2018.

SGB II beziehen können. Für diese - ohne Malta und Zypern - stellt das IAB fest: „Bei den neuen EU-Mitgliedsstaaten gab es im Zeitraum von 2010 bis 2022 einen Anstieg von rund 100.000 Personen und bei den alten EU-Mitgliedstaaten ein Rückgang von 14.000 Personen.“ (Brücker u .a.: 28)

In Betracht gezogen und noch ausgewertet werden muss, inwieweit das Merkmal der nicht-deutschen Staatsangehörigkeit quantitativ im Beobachtungszeitraum zugenommen hat, oder ob die Entwicklung mit einem geringen (Aus-) Bildungsniveau korreliert ist – sowohl bei deutschen als auch nichtdeutschen ELB, und welche Variable einen größeren Erklärungsgesamt hat. In diesem Zusammenhang können Integrationshürden und die Arbeitsmarktstruktur als Erklärungen herangezogen werden.

- Integrationshürden: Neuankömmlinge stehen oft vor Herausforderungen wie Sprachbarrieren und der Anerkennung von Qualifikationen, was den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert.⁴
- Arbeitsmarktstruktur: Nichtdeutsche sind häufiger in Niedriglohnssektoren oder prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig, was den Bezug ergänzender Leistungen (in 2023: rund 21 Prozent für deutsche und für nicht deutsche ELB) oder das Risiko der Arbeitslosigkeit wahrscheinlicher macht.

Anteil der nichtdeutschen ELB an allen ELB

Noch deutlicher zeigt sich die Entwicklung des relativen Anteils der nichtdeutschen ELB an allen ELB. Er stieg seit 2007 kontinuierlich und ohne Ausnahme an und zwar von 18,68 Prozent in 2007 auf 46,55 Prozent in 2023. Der Anteil im Jahr 2023 lag damit 2,3 mal so hoch wie in 2007. Die Prognose für die Jahre 2024 und 2025, berechnet auf Basis eines ARMA-Modells (s. Anhang), lässt einen weiteren Anstieg erwarten: 47,82 Prozent für 2024 und 48,19 Prozent für 2025 (in der Abbildung oben mit * gekennzeichnet).

Der Anteil der ausländische StaatsbürgerInnen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren in Deutschland entsprach im Jahr 2021 9,74 Prozent der Bevölkerung und im Jahr 2022 17,38 Prozent (eigene Berechnung nach Daten in Brücker u. a.: 17). Damit liegt der Anteil der nicht-deutschen ELB an allen ELB mehr als doppelt so hoch als es ihrem Anteil an der Bevölkerung in Deutschland entsprechen würde.

⁴ Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass bei der Mittelzuteilung der Bundesregierung an die Jobcenter als Verteilungskriterien überwiegend die Zahl der ELB und Bedarfsgemeinschaften herangezogen wird. Jobcenter mit einem hohen Anteil mit nichtdeutschen Staatsangehörigen bekommen pro ELB den gleichen Finanzbetrag wie ein Jobcenter mit einem niedrigen Anteil. Es ist dagegen anzunehmen, dass der Aufwand für Kommunikation wegen möglichen unzureichenden Sprachkenntnissen und für Vermittlung in Arbeit (fehlende Anerkennung von Qualifikationen, u. a.) von ELB größer ist als bei deutschen ELB. Der Verteilungsmaßstab wurde trotz der regionalen Unterschiede nicht angepasst.

Die Erwerbstätigkeit von ELB scheint keinen Einfluss darauf zu haben. So waren im Jahr 2023 20,8 Prozent deutscher ELB von allen deutschen ELB erwerbstätig und bei den nicht-deutschen ELB betrug der entsprechende Anteil 20,5 Prozent.

4.3 Leistungsberechtigte mit Migrationshintergrund

Ein erweiterter Blick erlaubt die Berücksichtigung des Migrationshintergrunds von ELB (zum Migrationshintergrund: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2020).

Der Anteil der ELB mit Migrationshintergrund betrug im Juni 2024 63,69 Prozent, das ist etwa das 1,4 fache des Anteils mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit 2023 (46,55 Prozent). Davon haben 51 Prozentpunkte eine eigene Migrationserfahrung.

Der Anteil der ELB mit Migrationshintergrund ist zwischen 2020 (ältere Zahlen sind für ELB nicht veröffentlicht) und 2024 deutlich von 55 Prozent auf 63,5 Prozent um 12,5 Prozentpunkte gestiegen. Der Anstieg ist größer als beim Anteil mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (rund 9 Prozentpunkte).

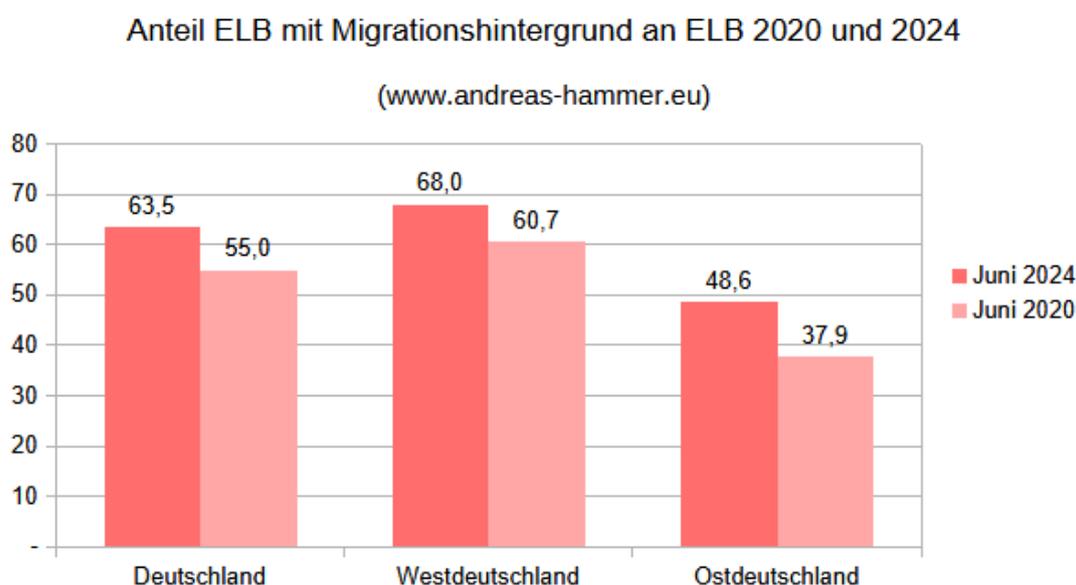


Schaubild 4: Anteil ELB mit Migrationshintergrund 2020 und 2024

Die Anteile streuen regional stark und liegen in ostdeutschen Bundesländern (2024: 48,6 Prozent) deutlich niedriger als in westdeutschen (2024: 68 Prozent). Der niedrigste Anteil wies Mecklenburg-Vorpommern mit 31,2 Prozent, und den höchsten Anteil Hessen mit 76,8 Prozent auf – eine Spanne von 45,6 Prozentpunkten. Der Anteil in Hessen ist mehr als zwei mal so hoch wie im Bundesland mit dem niedrigsten Anteil.

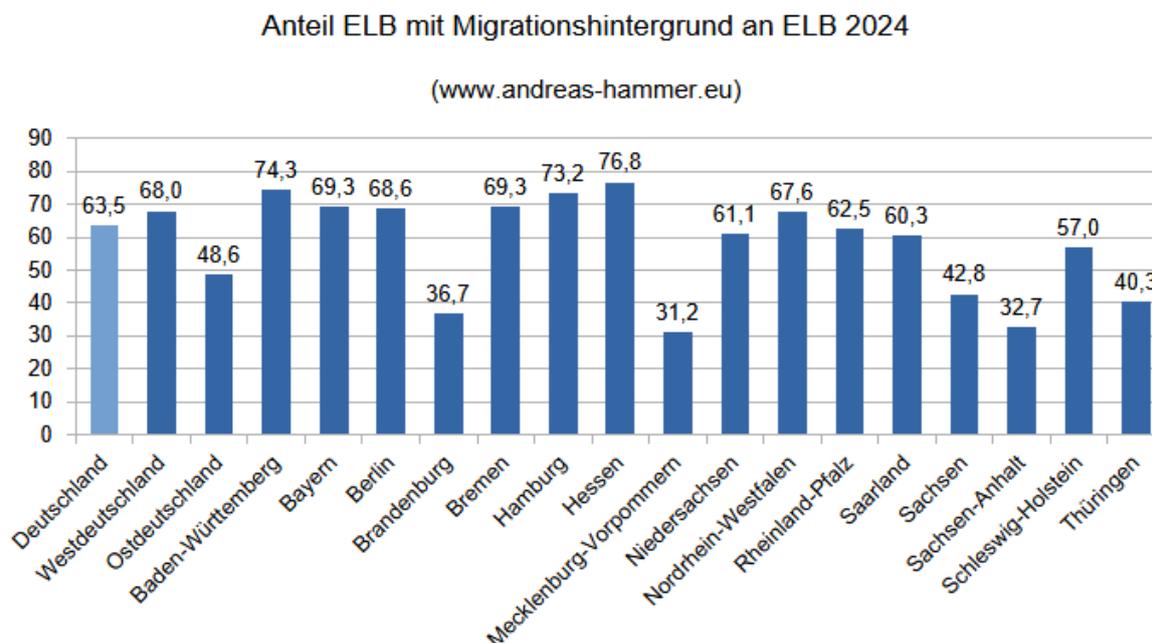


Schaubild 5: Anteil ELB mit Migrationshintergrund nach Bundesland 2024

Innerhalb der Bundesländer gibt es gleichfalls Streuungen (Beispiel Baden-Württemberg: Baden-Baden 83 Prozent, Neckar-Odenwald-Kreis 62,8 Prozent).

5 Diskussion: Politische und gesellschaftliche Folgen

Die Trends der ELB-Entwicklung sind klar: bei sinkender Zahl der ELB nehmen die Zahlen für die deutschen ELB ab und die für die nichtdeutschen absolut zwischen 2007 und 2013 zu. Sowohl der Anteil der ELB mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit steigt, verstärkt ab 2014, als auch der mit Migrationshintergrund.

Für Westdeutschland könnte man annehmen, unter Berücksichtigung der ELB mit Migrationshintergrund, dass die Grundsicherung für Arbeitsuchende sich zu einer Grundsicherung für ausländische ELB entwickelt.

Die Trends für die ELB-Entwicklung lassen – ohne weitere Änderung - eine Fortsetzung erwarten, d. h. der Anteil der nichtdeutschen ELB könnte weiter zunehmen auf 48,2 Prozent in 2025 (Prognose nach ARMA-Modell). Eine Zunahme wird auch für den Anteil mit Migrationshintergrund wahrscheinlich.

Politische und gesellschaftliche Folgen

Die öffentliche Diskussion über Integration und Arbeitsmarkteteiligung von MigrantInnen hat die steigende Zahl ausländischer Leistungsberechtigten, insbesondere der Flüchtlinge, stark problematisiert (u. a. Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten).

Dies könnte zu folgenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen führen oder vertiefen:

- Politische Polarisierung: Die anhaltende Entwicklung könnte zu einer weiteren Polarisierung in der Migrationsdebatte führen.
- Soziale Spannungen: Bei ausbleibendem Integrationserfolg der nichtdeutschen ELB, wie er insbesondere bei den Flüchtlingen aus der Ukraine konstatiert wird, könnten soziale Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Deutsche-Migranten) zunehmen.
- Parteien könnten Leistungskürzungen und Sanktionen vorschlagen um Wählerstimmen zu gewinnen. Dies würde zwar auch Deutsche treffen, aber könnte in der Wahrnehmung der Wahlberechtigten stärker als eine Bremse des schnellen Anstiegs von Leistungen für Nichtdeutsche bedeuten.
- Die Entwicklung könnte zu einer sinkenden Akzeptanz der Grundsicherung für Arbeitsuchende bei der wahlberechtigten Bevölkerung führen. Dafür sprechen mehrere Gründe:
 - Steigende finanzielle Belastung: Die wachsende Zahl von Leistungsberechtigten, insbesondere von ausländischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, führt zu einer erhöhten finanziellen Belastung des Systems. Dies könnte bei Teilen der Bevölkerung zu Unmut führen, insbesondere wenn der Eindruck entsteht, dass die Kosten für das SGB II ohne nachhaltige Verbesserung steigen.
 - Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten: Es besteht die Gefahr, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, das System sei ungerecht oder werde ausgenutzt. Dies könnte insbesondere der Fall sein, wenn der Anteil der nichtdeutschen ELB hoch bleibt.
 - Herausforderungen bei der Integration: Die Integration von ausländischen Leistungsberechtigten in den Arbeitsmarkt wird als nicht erfolgreich wahrgenommen.

Andererseits könnten nichtdeutsche ELB oder ELB mit Migrationshintergrund mehr als bisher als ein Potenzial für Arbeitskräfte gesehen werden. Ihre erfolgreiche Integration könnte langfristig zu einer Stabilität oder Entlastung der Sozialsysteme führen.

Limitationen

Die Auswertungen sind begrenzt. Zukünftige Studien könnten eine detailliertere Aufschlüsselung die Entwicklung der ELB nach dem Bildungsniveau als Moderatorvariable beinhalten, um ein genaueres Bild der Situation zu erhalten. Außerdem könnte eine Analyse nach Aufenthaltsdauer der nichtdeutschen ELB den Anstieg des Anteil der nichtdeutschen ELB besser erklären (es ist anzunehmen, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Beschäftigung zu- und der Leistungsbezug abnimmt). differenziert betrachten.

6 Fazit

Die relative Zahl von nichtdeutschen ELB ist im Gegensatz zu den deutschen ELB seit 2007, also seit mehr als 15 Jahren, ist gestiegen. Zwei von drei ELB haben einen Migrationshintergrund und mehr als zwei von fünf ELB haben eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit im Jahr 2022 bzw. 2023. Trotz des Anstiegs bei nichtdeutschen Leistungsberechtigten sank die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten von etwa 5,24 Millionen im Jahr 2007 auf rund 3,93 Millionen im Jahr 2023. Dies unterstreicht die insgesamt positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes und Sozialsystems.

Der steigende Anteil der ELB mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit könnte in der politischen Debatte instrumentalisiert und als gesellschaftliches Problem verstärkt hervorgehoben werden. Wenn einerseits die bisherigen Regierungsparteien den Wahlberechtigten signalisieren, dass es nicht mehr Geld zu Verteilen gibt (Schuldenbremse, andere notwendige steigende Ausgaben für Militär, Energiewende usw.), dann könnte der Eindruck entstehen, dass die Sozialleistungen für Deutsche nicht besser ausfallen können, weil die ausländischen Leistungsberechtigten absolut und relativ zunehmen. Das SGB II (Leistungssystem und Leistungsrechte) kann so unter Druck kommen. Eine solche Vorgehensweise ist hinsichtlich Wählerstimmen bei Bundestagswahlen für Parteien risikolos, da nichtdeutsche Staatsangehörige nicht wahlberechtigt sind.

Eine politische Instrumentalisierung und „Schlechtreden“ der Grundsicherung könnte dazu führen, dass die Gesellschaft noch mehr polarisiert wird und dass Arbeitgeber noch weniger als bisher bereit sind (Hammer 2024a) als negativ „markierte“ arbeitssuchende ELB auszubilden oder zu beschäftigen.

Die Zunahme der ELB mit Migrationshintergrund oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit unterstreicht einerseits die Notwendigkeit einer effektiven Integrationspolitik – unabhängig vom einem Fluchthintergrund -, die Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarktintegration in den Mittelpunkt stellt, um den Trend umzukehren und die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu reduzieren. Andererseits scheinen Aktivitäten erforderlich um sowohl die gesellschaftliche

Kohäsion als auch die wirtschaftliche Stabilität zu fördern. Dabei sollten die langfristigen demografischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Migration auf das deutsche Sozialsystem berücksichtigt werden.

Basierend auf aktuellen Daten sollten evidenzbasierte politische Maßnahmen entwickelt werden, die sowohl die Integration fördern als auch den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden.

7 Literaturverzeichnis

Brücker, Herbert u. a. 2024: IAB-Forschungsbericht 6/2024, Die Arbeitsmarktsituation von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht. <https://iab.de/publikationen/publikation/?id=2148022>

Hammer, Andreas 2021: Sanktion und Integration <https://kurzlinks.de/3nd8>

Hammer, Andreas 2024: Beschleunigt der Job-Turbo die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen im Bürgergeld-Bezug? <https://kurzlinks.de/crzo>

Hammer, Andreas 2024a: Dynamik der Arbeitsmarktintegration: Eine Zeitreihen-Analyse der Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit für den Rechtskreis SGB II. <https://kurzlinks.de/102d>

Hammer, Andreas 2024b: Hat das Bürgergeld zu mehr Leistungsberechtigten geführt? Eine Wavelet-Analyse. <https://kurzlinks.de/sx6k>

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundlagen: Methodenbericht – Migrationshintergrund - Einführung eines Hochrechnungsverfahrens zum Ausgleich von Antwortausfällen, Nürnberg, Mai 2020

8 Anhang: ARMA-Analyse des Anteils der nichtdeutschen ELB an allen ELB

Für den Anteil der nichtdeutschen ELB an allen ELB für den Zeitraum 2007 bis 2023 wurde ein ARMA-Modell berechnet.

Modellspezifikation und Schätzung

Die Modellschätzung erfolgte mittels exakter ARMA-Likelihood-Schätzung und AIC-Werten. Saisonalität liegt nicht vor. Die Autokorrelation ist signifikant bis zum lag=5.

Log-Likelihood: -32,6

Akaike-Informationskriterium (AIC): 71,19

Basierend auf diesen Log-Likelihood- und AIC-Werten und unter Berücksichtigung des Parsimonie-Prinzips (einfachere Modelle sind vorzuziehen, wenn sie ähnlich gut sind) ist das ARMA-Modell (2,1) anderen Modellen vorzuziehen. Es beinhaltet zwei nicht-saisonale autoregressive (AR) Terme und einen nicht-saisonalen Moving-Average (MA) Term.

$$X_t = \varphi_1 X_{t-1} + \varphi_2 X_{t-2} + \varepsilon_t + \theta_1 \varepsilon_{t-1}$$

Modellparameter

Die ARMA-Modellparameter wurden wie folgt geschätzt:

$$\varphi_1 = 1,43978$$

$$\varphi_2 = -0,443778$$

$$\theta_1 = 0,999973$$

$$\varepsilon = -0,53421$$

Modelldiagnostik

Die Residuenanalyse deutet darauf hin, dass die Residuen weitgehend unkorreliert sind und keine signifikante Struktur aufweisen.

Der Durbin-Watson-Wert von 2,458 liegt nahe bei 2, was auf eine geringe Autokorrelation der Residuen hindeutet.

Der p -Wert von 0,34145 ist deutlich größer als das übliche Signifikanzniveau von 0,05. Die Residuen sind an nahe der Null-Linie (rote Linie in der folgenden Abbildung). Abweichungen können allerdings durch die Phasen der Zuwanderung sowie der Corona-Pandemie erklärt werden.

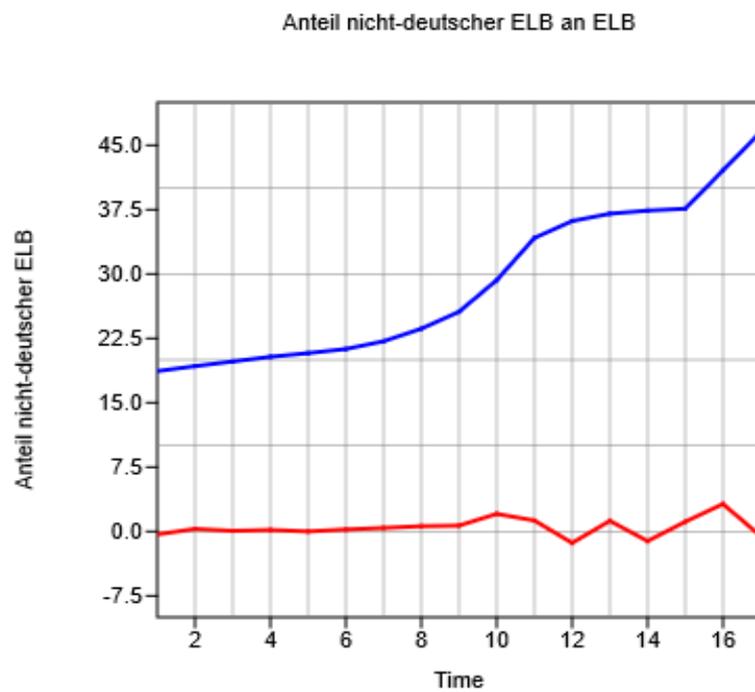


Schaubild 6: Residuenanalyse ARMA(2,1) Anteil nichtdeutscher ELB und Residuen 2007 - 2023

Publikationen A. Hammer

Downloads unter www.andreas-hammer.eu

Dynamik der Arbeitsmarktintegration: Eine Zeitreihen-Analyse der Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit für den Rechtskreis SGB III. 4.12.2024 DOI <https://doi.org/10.5281/zenodo.14313377>

Aufsuchende Beratung bei Arbeitslosen im Kontext SGB II. In: Matthias Rübner / Matthias Schulze-Böing [Hrsg.] 2024: Gut beraten im Jobcenter – Beratungsqualität als Herausforderung für Führung und Praxis, S. 283-293. Baden-Baden.

Ein Jahr ganzheitliche Betreuung im SGB II. In: info also – Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht 2024, S. 217-221

Zur Ökonomie der Ganzheitlichen Betreuung im SGB II. In Forum Arbeit 3/2024. S. 12-16

Einstellungen in der Bevölkerung zur Datensicherheit. In: Dialog, Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Ausgabe 50, 2024, S. 4

Inklusion auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung stärken. In: Forum Arbeit Nr. 2/2024, S. 10-14

Hammer, A. u.a.: Verbesserung von Teilhabe für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen durch Innovation im G. A. T.-Projekt. In: Deutsche Rentenversicherung Bund 2024: 33. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium. S. 403-405

Digitale Kompetenzen von Arbeitslosen und ihre Feststellung. In: Beck, Henkes, Terry (Hrsg.) 2024: Moderne Verwaltung und ihre gesellschaftliche Entwicklung – Interdisziplinäre Perspektiven für angewandte Lehre, Weiterbildung und Forschung, S. 315-328. Baden-Baden

Hausbesuche bei Arbeitslosen. In Forum Arbeit, Nr. 3/2023, S. 4-6

Chatbots – eine Hilfe bei der Fragebogenkonstruktion? In: Dialog, Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Ausgabe 49, 2023, S. 10

Eingliederung von Arbeitslosen im SGB II – nominale und inflationsbereinigte Haushaltsansätze. <https://doi.org/10.5281/zenodo.14297044>

Verzerrungen der Teilnehmendenstruktur bei Evaluation. In: Dialog, Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Ausgabe 48, 2023, S. 10-11

SodEG – Irritationen bei Rückforderungen. In: Forum Arbeit, Nr. 1/2023, S.9-11

Digitales Nutzungsverhalten bei der Jobsuche von Arbeitslosen. In: Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Ausgabe 47, 2022, S. 8-9

Gestärkte Teilhabe: Träger sollten ihr Portfolio erweitern. In: Neue Caritas, Nr. 6 /2022

Verzerrung in Befragungen durch judgement of learning-Effekte. In: Dialog – Magazin der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg Ausgabe 46, 2022, S. 10-11

Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. In: Arbeitslosenprojekt TuWas (Hrsg.): Leitfaden für Arbeitslose. Der Rechtsratgeber zum SGB III. Frankfurt 2022

Mindestlohn – Wirkungen und Mängel. In: Forum arbeit, Nr. 1/2022, S.3-6

Beratung und Evaluation

Zahlreiche Politikfelder, insbesondere die Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik, sind von einem Wandel betroffen. Kommunen, Kreise und freie Träger müssen sich neuen Herausforderungen stellen, wobei ihnen know how oder Personalressourcen fehlen. Dies gilt vor allem für die Evaluation der Wirksamkeit von Maßnahmen und Projekten.

Produkte und Dienstleistungen

- Konzipierung und Umsetzung von Evaluationen und wissenschaftliche Begleitung von Projekten
- Erstellung von Analysen, Prognosen, Konzepten und Beratung sowie Lösungsfindung in der Arbeitsmarkt, Bildungs- und Sozialpolitik
- Unterstützung bei der Akquise von Fördermitteln sowie der damit verbundenen Antragsstellung, Projektmanagement und Nachweise
- Befragung von Mitarbeitenden und KlientInnen/KundInnen
- Fortbildungen, Moderation, Coaching